

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 12.09.2019
Sitzung Nummer:	1 (BVDA/1/2019)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:05 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Bernd Prange
Vorsitz

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Bernd Prange

Mitglieder

Herr Herbert Luksch
Frau Carola Radtke
Herr Tiemo Schönwald
Herr Eike Trumpf

anwesend von 17.05 Uhr bis 18.30 Uhr

Stellvertreter

Frau Juliane Kleemann
Frau Sandra Matzat

Vertretung für Herrn Bernd Witt
Vertretung für Herrn Matthias Büttner

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Jürgen Bootz
Herr Siegmund Löser
Herr Matthias Siegmanski
Frau Annemarie Theil

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber
Frau Anja Krüger
Herr Dirk Michaelis
Herr Sebastian Stoll

Teilnehmer

Frau Sarah Fretter

stendalbus

Abwesend:

Mitglieder

Herr Matthias Büttner
Herr Bernd Witt

sachkundige Einwohner

Herr Marcus Schreiber
Herr Stefan Skibbe

entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Vorstellungsrunde der Ausschussmitglieder
 - 5 Verpflichtung der sachkundigen EinwohnerInnen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten
 - 6 Benennung des Vertreters des Vorsitzenden des Ausschusses für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur
 - 7 Erhalt des Bahnhofpunktes Steinfeld - Umsetzung eines integrierten SPNV-/ÖSPV-Konzeptes
Vorlage: 049/2019
 - 8 Tarifierpassung der stendalbus GmbH
Vorlage: 048/2019
 - 9 DigitalPakt Schule
Vorlage: 046/2019
 - 10 Stand Hochbaumaßnahmen
Berichterstatter: Frau Krüger
 - 11 Überblick Bauordnungsamt
Berichterstatter: Herr Michaelis
 - 12 Einwohnerfragestunde
 - 13 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Prange eröffnet um 17.00 Uhr die 1.Sitzung des Bau-, Verkehr- und digitale Infrastrukturausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Prange stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Es fehlen Herr Witt und Herr Büttner. Herr Büttner wird durch Frau Matzat vertreten. Herr Witt wird durch Frau Kleemann vertreten.

Zeitgleich fehlen die sachkundigen Einwohner Herr Skibbe und Herr Schreiber.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu TOP 3 **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Tagesordnungspunkt 8 wird vor dem Tagesordnungspunkt 7 behandelt.
Da es keine Gegenreden gibt, wird die Tagesordnung festgestellt.

zu TOP 4 **Vorstellungsrunde der Ausschussmitglieder**

Es findet eine Vorstellungsrunde statt.

zu TOP 5 **Verpflichtung der sachkundigen EinwohnerInnen auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten**

Der Vorsitzende bittet um die Verpflichtung der sachkundigen Einwohner durch Herrn Dr. Gruber.

Die Verpflichtung erfolgt durch den 1. Beigeordneten, Herrn Dr. Gruber. Er belehrt die anwesenden sachkundigen Einwohner über ihre Pflichten, heißt sie herzlich willkommen und wünscht für die kommenden Jahre eine gute Zusammenarbeit.

zu TOP 6 **Benennung des Vertreters des Vorsitzenden des Ausschusses für Bau, Verkehr und digitale Infrastruktur**

Herr Prange schlägt Herrn Eike Trumpf als seinen Vertreter vor.

zu TOP 7 **Erhalt des Bahnhalt punktes Steinfeld - Umsetzung eines integrierten SPNV-/ÖSPV- Konzeptes Vorlage: 049/2019**

Herr Stoll stellt die Fakten zum Erhalt des Bahnhalt punktes Steinfeld anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 7 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Frau Kleemann fragt, ob der Bahnhof Hohenwulsch geschlossen wird, beziehungsweise wie viel weniger Züge anhalten werden.

Herr Stoll antwortet, dass der Bahnhalt punkt Hohenwulsch mit dem Bus stündlich angefahren wird, es aber weniger Zughalte geben wird.

Frau Theil hinterfragt, warum es dann eine stündliche Anfahrt des Busses geben muss.

Herr Stoll erläutert, dass die Deutsche Bahn dies für notwendig hält, damit mehr Ein- und Ausstiege zu Stande kommen. Die Züge im Bahnhof in Hohenwulsch fahren zuvor im Halbstunden-Takt. Der neue Stunden-Takt soll mit den Busanfahrten abgeglichen sein.

Frau Kleemann fragt, ob es für den Bahnhof in Hohenwulsch eine Zählung gab, wie für den Bahnhof Steinfeld.

Herr Stoll verneint dies. Es gibt eine Zählung von der NASA, wobei 115 Ein- und Ausstiege am Tag im Jahresdurchschnitt aufgenommen wurden.

Frau Kleemann stellt klar, dass man eine sehr gute Begründung braucht die Zughalte in Hohenwulsch zu reduzieren, obwohl es dort eine starke Frequentierung der Züge gibt.

Herr Stoll bezieht sich auf den Regionalexpress, welcher eine schnellere Verbindung hat.

Frau Theil erkundigt sich, um wie viel sich die Fahrzeiten mit der Buslinie 930 verlängern werden.

Herr Stoll antwortet, dass die Fahrzeiten sich um zehn Minuten erhöhen.

Frau Matzat spricht davon, dass es in Zukunft dazu kommen kann, dass es weniger Fahrgäste gibt, wenn sich die Fahrzeiten verschlechtern.

Herr Stoll erläutert daraufhin, dass man in dieser Rechnung nicht mit dem Konjunktiv-Geld gerechnet hat, da man nicht voraussehen kann wie sich das Verhalten der Fahrgäste entwickelt.

Frau Kleemann fragt, ob nicht mehr dazugehöre, als den Bahnhofsteinfeld zu erhalten.

Herr Stoll erklärt, dass die NASA nicht davon ausgeht, dass es eine Verbesserung in Steinfeld gibt. Sie hofft auf Vermeidung von Parallelverkehr, Abstimmungen und Anschließung von bestimmten Regionen, sodass mehr Fahrkarten verkauft werden.

Frau Kleemann möchte wissen, ob die Orte Dannewitz, Belkau, Schernikau und zum Schluss auch Steinfeld durch den Bus angefahren werden. Wurde dies in der Buslinienplanung so angedacht?

Herr Stoll kann diese Frage noch nicht beantworten, da es bei der Linienführung noch keine Gespräche zur Taktung gab. Die Aufgabe der nächsten Jahre ist es, ein ÖPNV-Konzept aufzustellen. Momentan fährt der Landkreis in einem Interimsvertrag, da ab dem 01.08.2020 die Verkehrsleistung neu, durch eine europaweite Ausschreibung, vergeben werden soll. Derzeit herrscht das Wittenberger-Modell vor, in dem keine Flexibilität für solche ÖPNV-Konzepte gegeben ist. Mit der Taktung der Bahn wird es zukünftig immer notwendig, Absprachen zu treffen. Außerdem muss man sich mit dem Thema Rufbus noch einmal intensiv beschäftigen, da es im Moment ein sehr hohes Angebot gibt, die Abrufquote allerdings nur bei circa drei-vier Prozent gibt.

Herr Luksch findet das Grundkonzept gut, welches über die Jahre ausgebaut werden kann. Das wichtigste Thema zunächst ist aber die Erhaltung des Bahnhofsteinfeld. Ein geschlossener Bahnhof wieder nicht so schnell wieder eröffnet.

Frau Radtke wirft ein, dass die Fraktion „Pro Altmark“ dem Konzept nicht zustimmen wird. Die Fahrgäste können auch die Haltepunkte der Bahn in Kläden und Hohenwulsch nutzen, in dem sie einen kleinen Teil des Weges mit dem Auto, Fahrrad oder auch ÖPNV abdecken. Wir möchten die Kreisverwaltung bitte, zu prüfen, ob die 270,000 € pro Jahr in den ÖPNV investiert werden könnten.

Herr Prange betont, dass die 270,000 € nicht im Haushalt veranschlagt sind.

Frau Theil fragt, warum der Vertrag bis 2038 geschlossen werden muss.

Herr Stoll antwortet, dass es ein Vorschlag der NASA war und dieser nicht verhandelbar ist. Er vermutet, dass die NASA über diesen Zeitraum den Ausbau des Bahnhofsteinfeld refinanzieren will.

Frau Theil würde es begrüßen den Bahnhofsteinfeld zu erhalten. Natürlich ist es viel Geld, was der Landkreis über die Jahre in die Hand nehmen muss, aber die Aufwertung des Bahnhofsteinfeld Hohenwulsch muss man dabei mit betrachten. Zudem befindet sich der straßenbegleitende Radweg zwischen Bismark und Hohenwulsch im Bau. Dadurch können ebenfalls die Fahrgastzahlen in Hohenwulsch erhöht werden.

Frau Matzat fragt, was die Stadt Bismark dazu sagt, noch mehr Bushaltestellen für den Mini-Stadtverkehr schaffen zu müssen.

Herr Stoll erklärt, dass bei der Entwicklung des Konzeptes die Bürgermeisterin von Bismark beteiligt war.

Frau Theil möchte wissen, warum die Vorlage so spät gekommen ist.

Frau Matzat fragt, wieso die Power-Point-Präsentation nicht mit der Beschlussvorlage ausgehändigt wurde.

Herr Stoll erläutert, dass die Vereinbarung mit dem Konzept der Beschlussvorlage beiliegt. Die Präsentation fasst dieses Konzept nur noch einmal kurz zusammen. Das Konzept wurde von der NASA kurzfristig eingereicht, obwohl sie wusste, dass hierfür das Kreistags-Votum notwendig ist. Die Entscheidung muss der NASA einen Tag nach dem Kreistag mitgeteilt werden, da sie mit den Baumaßnahmen beginnen wollen.

Herr Bootz hinterfragt den Unterschied zwischen Regionalbahn und Regionalexpress? Gibt es Preisunterschiede zwischen der Businanspruchnahme oder einer privaten Fahrtmöglichkeit?

Herr Stoll verneint die erste Frage. Die zweite Frage beantwortet er an folgendem Beispiel: Man fährt mit dem Zug von Magdeburg nach Hohenwulsch, steigt dort aus dem Zug aus und fährt von dort aus mit dem Auto weiter. In dem Fall wird der gleiche Preis gezahlt, wie als wenn ich von Hohenwulsch nach Bismark mit dem Bus weiterfahren würde.

Dafür erhält der Kreistag 120.000 € von der NASA um die Inanspruchnahme eines Busses auszugleichen.

Herr Luksch wirft ein, dass es bei einer Ablehnung des Konzeptes auch zu keinem weiteren Ausbau der Buslinien geben wird.

Herr Stoll erklärt, dass die Schließung des Bahnhaltepunktes vermutlich erst in fünf Jahren stattfinden wird, wenn das Konzept nicht beschlossen wird. Ein Konzept für den ÖPNV im ländlichen Raum muss sowieso in den nächsten Jahren erstellt werden. Es wurde häufig nachgefragt, ob der Verkehr bei einer Ablehnung des Konzeptes nicht auch durch den ÖPNV abgedeckt werden könnte. Dazu ergeht morgen ein Schreiben an alle Kreistagsmitglieder, in dem eine, nicht endgültige, Rechnung vorgestellt wird. Laut dieser Rechnung, welche wirklich aufgrund des langen Zeitraumes nicht sicher ist, müsste der Landkreis dafür 300.000 € pro Jahr ausgeben. Die Rechnung wurde aufgrund der heutigen Tarife mit stendalbus aufgestellt. In den nächsten Jahren kann sich dabei noch vieles ändern.

Herr Schönwald teilt mit, dass man bei einer Summe von 270.000 € pro Jahr und den Fahrten, die dort stattfinden, für jeden Fahrgast circa 50,00 € ausgegeben werden. Allerdings ist es für die Zukunft auch wichtig Haltestellen vorzuhalten, die den Überregionalverkehr sicherstellen.

Für Frau Radtke steht außer Frage, dass die Infrastruktur auf den Dörfern verbessert werden muss. Das Geld sollte in den Busverkehr investiert werden, da nur eine geringe Menge den Bahnhaltepunkt in Steinfeld nutzt. Der Busverkehr sollte daher optimiert werden.

Frau Theil vermutet, dass mit einer Aufwertung eines Bahnhaltepunktes mehr Fahrgäste diesen nutzen würden.

Herr Luksch spricht das Beispiel in Glöwen an, wobei durch eine einmalige Zahlung ein neuer Parkplatz gebaut wurde. Dadurch hält die Bahn weiterhin regelmäßig dort an.

Da es keine weiteren Fragen gibt, stellt Herr Prange die Vorlage zur Abstimmung.

mehrheitlich zugestimmt

zu TOP 8 Tarifierung der stendalbus GmbH **Vorlage: 048/2019**

Herr Stoll und Frau Fretter stellen die Tarifierung anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 8 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Schönwald merkt an, dass die stendalbus GmbH nicht in Google Maps zu finden ist.

Frau Fretter begründet dies damit, dass die Board-Rechner aus dem Jahr 2010 stammen und somit zu alt sind, um solche Daten zu übertragen. Ab 01.08.2020 erfolgt ein neuer Verkehrsvertrag. Dieser fordert, dass Excel-Daten an die NASA als Fahrplanauskunft übermittelt werden.

Frau Kleemann fragt, ob die Power-Point-Präsentation im Protokoll aufgeführt wird.

Herr Stoll bejaht dies. Er fügt hinzu, dass die Tarifierhöhung, die die stendalbus GmbH beim Kreistag einreicht, jedes Jahr geprüft wird. Durch die Fahrkostenerhöhung erwirtschaftet die stendalbus GmbH nicht mehr für sich selbst, sondern deckt die vom Kreistag vorgegeben Kosten.

Frau Matzat findet, dass die Tarifierhöhung auf die Dörfer zutrifft und die Stadt bevorteilt ist. Der ländliche Raum soll erhalten bleiben. Das Preiswerte bezieht sich nur auf das Tagesticket und andere müssen die Erhöhung tragen.

Daraufhin erklärt Frau Fretter, dass der Bereich egal ist, es profitieren alle. Es ist günstiger ein Tagesticket zu kaufen als zwei Einzelfahrkarten. Die Stadt erwirtschaftet einen geringen Teil mehr, da der Nutzer mit einem Tagesticket öfter umsteigen kann, da die Wege wesentlich kürzer sind.

Herr Prange möchte wissen, ob die Preise ebenfalls für den Rufbus gelten.

Frau Fretter bejaht dies.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 9 DigitalPakt Schule
Vorlage: 046/2019

Frau Krüger stellt den DigitalPakt Schule anhand einer vorbereiteten Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 9 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Luksch fragt, wonach die Reihenfolge der Schulen festgelegt wurde.

Frau Krüger antwortet, dass der jetzige bauliche Zustand, die bevorstehenden Förderungen und das vorhandene Personal, Faktoren für die Entstehung der Reihenfolge waren.

Frau Kleemann hinterfragt, was unter dem Faktor Personal zu verstehen ist.

Frau Krüger gibt zu verstehen, dass das Personal in den Ämtern gemeint ist.

Frau Theil möchte wissen, ob die Maßnahmen, für welche die Fördermittel beantragt werden sollen, sich bereits in den jetzigen Programmen, wie beispielsweise Stark III wiederfinden?

Frau Krüger erklärt, dass die strukturelle Verkabelung größtenteils in den Förderprogrammen wie Stark III vorhanden ist. Im DigitalPakt geht es nur noch um die Erweiterung des WLANs, welche kein Bestandteil der vorherigen Planung war.

Herr Schönwald fragt, wieso der DigitalPakt so auf WLAN festgesetzt ist.

Frau Krüger erläutert, dass dies die Richtlinie vorgibt.

Herr Prange fragt nach, ob die Antragstellung jedes Detail und die Zeitplanung umfassen muss.

Frau Krüger fügt hinzu, dass die Anträge bis 2021 beim Landesverwaltungsamt, aber diese keine Detailplanung beinhalten müssen.

Es gibt keine weiteren Fragen zur Mitteilungsvorlage.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 10 Stand Hochbaumaßnahmen
Berichterstatter: Frau Krüger

Frau Krüger stellt die Hochbaumaßnahmen anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Die Präsentation ist unter Tagesordnungspunkt 10 im Informationsportal des Kreistages des Landkreises Stendal eingestellt.

Herr Dr. Gruber ergänzt, dass STARK III ein Förderprogramm des Landes Sachsen-Anhalts ist, welches von Geldern der europäischen Union finanziert wird. STARK V ist ein Förderprogramm des Bundes. Der Landkreis ist auf diese Fördermittel angewiesen, da kaum eigene Investitionsmittel vorhanden sind.

Herr Bootz möchte wissen, was der Unterschied zwischen Sekundar- und Gemeinschaftsschule ist.

Herr Dr. Gruber erklärt den Unterschied. Die Gemeinschaftsschule dient im Gegensatz der Sekundarschule, einer inhaltlich weiteren Qualifizierung, um eine gymnasiale Reife abzuschließen.

Weitere Fragen gibt es nicht.

zu TOP 11 Überblick Bauordnungsamt
Berichterstatter: Herr Michaelis

Herr Michaelis erklärt die Aufgaben des Bauordnungsamts.

Es werden keine Fragen gestellt.

zu TOP 12 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

zu TOP 13 Anfragen und Anregungen

Frau Matzat merkt an, dass es besser gewesen wäre, wenn die Präsentation zum Erhalt des Bahnhaltdepotpunktes Steinfeld, der Beschlussvorlage beigelegt hätte. Zudem wäre es hilfreich einen Sachbearbeiter in die Vorlagen mitaufzunehmen, sodass ein Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Herr Stoll erklärt, dass als Ansprechpartner die jeweiligen Amtsleiter fungieren.

Es wird sich darauf geeinigt, dass ein Organigramm als Anlage zum Protokoll versandt wird.

Frau Theil fragt, wie viele Denkmäler es im Landkreis Stendal noch gibt.

Herr Michaelis antwortet, dass vor kurzem eine Zuarbeit eingetroffen ist, in der man von circa 3000 Denkmälern spricht.

Herr Luksch schlägt vor, den nächsten Ausschuss in der Rettungswache Tangermünde durchzuführen.

Dieser Vorschlag wird aufgenommen und mit der Verwaltung zu gegebener Zeit besprochen.

Da es keine weiteren Anfragen und Anregungen gibt, schließt Herr Prange den öffentlichen Teil der Sitzung.